

Herrn
amtsführenden Stadtrat
der Geschäftsgruppe
Finanzen, Wirtschaft, Arbeit,
Internationales und Wiener Stadtwerke
KommR Peter Hanke

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Mag. Manfred Juraczka (ÖVP), Dr. Markus Wölbitsch-Milan, MIM (ÖVP), Markus Grießler (ÖVP), Markus Gstöttner, MSc (ÖVP) und Margarete Kriz-Zwittkovits (ÖVP) an Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke KommR Peter Hanke zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke) für den Gemeinderat am 27.06.2023 - 28.06.2023.

JA zur Kollektivvertragsautonomie der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter im Rahmen der österreichischen Sozialpartnerschaft und NEIN zur gesetzlich verordneten 32-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich

Für den aktuellen Vorsitzenden der Bundes-SPÖ ist der Marxismus eine gute Brille, um auf die Welt zu schauen. In den vergangenen Wochen hat er die Einführung einer 32-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich gefordert, um die Lebensqualität der Vielen zu verbessern. Ermöglicht werden soll dies durch staatliche Eingriffe, eine staatliche Förderung kürzerer Arbeitszeiten brächte laut seinem Programm 150.000 neue Arbeitsplätze.

Die ÖVP Wien lehnt eine gesetzliche Arbeitszeitverkürzung ab, da sie den Fachkräftemangel verstärken und unserem Wirtschaftsstandort schaden würde. Kürzere Arbeitszeiten bei voller Bezahlung verteuern den Faktor Arbeit und führen in weiterer Konsequenz zur Abwanderung von Betrieben ins Ausland. Anstatt einer gesetzlichen Arbeitszeitverkürzung müssen wir wirkungsvolle Anreize setzen, damit Menschen mehr arbeiten können und wollen. Und damit jene, die mehr Leistung bringen, das auch in ihren Geldbörsen spüren.

Auch heimische Wirtschaftsforscher stehen dem Ansinnen skeptisch bis negativ gegenüber. Christoph Badelt, Chef des Fiskalrats, "könne dem "nicht sehr viel"

abgewinnen, weil ein "generelles Drüberscheren" über die gesetzliche Arbeitszeit nicht klug sei, weil damit alle Branchen gleich behandelt würden obwohl sie sehr ungleich seien" (APA, 4. März 2023). Und IHS-Direktor Klaus Neusser gab zur Diskussion um eine Arbeitszeitverkürzung zu bedenken, "ob wir es uns wirklich leisten können, in einer Krisensituation jetzt einfach weniger zu arbeiten" (APA, 7. Mai 2023).

Die Sozialpartner haben aktuell viele Möglichkeiten, im Rahmen ihrer Kollektivvertragsautonomie Anpassungen bei den Arbeitszeiten umzusetzen. So sehen über 40 Kollektivverträge derzeit weniger als 38,5 Stunden wöchentlicher Normalarbeitszeit vor. Um branchenspezifische Erfordernisse und Unterschiede berücksichtigen zu können, sollten allfällige Arbeitszeitverkürzungen weiterhin im bewährten Rahmen von Kollektivvertragsverhandlungen erfolgen. Darüber hinaus sind auch Einzelvereinbarungen zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen möglich. Es liegt an den Sozialpartnern, die bestehenden rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat bekennt sich zur Kollektivvertragsautonomie der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter im Rahmen der österreichischen Sozialpartnerschaft und lehnt Eingriffe seitens des Staates in Fragen der Kollektivvertragspartner (z.B. eine verordnete Reduktion der vorgegebenen Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich) ab.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

27.06.2023

